

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Sowjet-Zeitung stützt Gorbatschows Kurs

Die Zeitung «Sowjetskaja Rossijsa» hat für das Erscheinen eines kritischen Artikels zum «Erneuerungskurs» von Parteichef Michail Gorbatschow Selbstkritik geübt. Am Dienstag übernahm das Blatt die negative Einschätzung der «Pravda», die von einem «Manifest der Perestroika-Gegner und vom Versuch der Rückkehr zu stalinistischen Grundsätzen» gesprochen hatte.

Iraki bei UNO-Generalsekretär

UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar hat in New York mit dem stellvertretenden irakischen Aussenminister Wisam Zahawi die Lage im Golfkrieg erörtert. Die Unterredung ist Teil der Bemühungen von Perez, die Durchsetzung der Entschliessung 598 des Welticherheitsrates zu erreichen.

Unterzeichnung am 14. April

Das nach sechs Jahren zustandgekommene Abkommen zur Beendigung des Afghanistan-Krieges wird am Donnerstag in Genf unterzeichnet. An der Unterzeichnung werden die Aussenminister der USA und der UdSSR, George Shultz und Eduard Schewardnadse, teilnehmen, gab eine UNO-Sprecherin am Dienstag in Genf bekannt.

Wahlen in Afghanistan

Die jüngsten Parlamentswahlen in Afghanistan waren laut Informationen westlicher Diplomaten in New Delhi ein Misserfolg. Sie seien durch geringe Beteiligung und Wahlbetrug gekennzeichnet gewesen. Die Stimmberechtigten hätten keinerlei Enthusiasmus gezeigt. Das Kabuler Regime betonte dagegen, unter den Wählern habe Begeisterung geherrscht.

Benzin wird teurer

Bern (spk) Der Benzinpreis steigt wieder um zwei Rappen. Damit reagieren die grossen Firmen BP, Esso und Shell in der Schweiz auf die steigenden Warenpreise in Rotterdam, wo das Fass Nordseeöl in zwei Tagen um einen Dollar gestiegen ist. Bleifrei-Benzin kostet ab Mittwoch neu 96 Rappen, Super 1,03 Franken.

BP-Sprecher Paul Kälin führt das Ansteigen des Benzinpreises auf den Anstieg der Rotterdamer Notierung zurück, die von 156 auf 182 Dollar pro Tonne gestiegen ist. «Eigentlich hätten wir den Benzinpreis schon früher anheben müssen», erklärt er. «Doch wäre das vor Ostern wohl kaum geschätzt worden.»

Neben den steigenden Warenpreisen und der Rheinfracht sieht Esso aber auch den Dollar, der wieder auf über 1,39 Franken geklettert ist, als Auslöser dieser Massnahme. Shell-Sprecher Eric Zanetti weist aber auch auf die Beratungen des Preisüberwachungsausschusses der Opec vom Samstag in Wien hin. Den Preisverfall des Erdöls sah der Ausschuss vor allem im Überangebot, das von den Nicht-Opec-Ländern kommen soll.

Der Europarat bereitet eine Medienkonvention vor

Fragen über Medienpapier und Lokalradio in unserem Land – Konferenz in Wien

Bevor Regierungsrat Wilfried Büchel auf Einladung des Europarates nach Wien zu einem Treffen der Medien zuständigen Minister reiste, musste er im Landtag erneut Stellung zu dem seit längerem angekündigten Medienpapier beziehen. Nach seinen Aussagen befasst sich die Regierung derzeit mit einem Antrag zuhänden des Landtags, der zusammen mit der Arbeit der Medienkommission dem Parlament in nächster Zeit zu geleitet werden soll.

Die für Medien zuständigen Minister der 21 Staaten des Europarates trafen sich in der österreichischen Hauptstadt zu einem zweitägigen informellen Treffen, um die noch offenen Fragen in bezug auf die geplante Konvention des Europarates im Bereich der Medien zu besprechen und zu bereinigen. Der Europarat hat bereits eine Reihe von Konventionen geschaffen, denen unser Land teilweise – wie dem Übereinkommen über die Bekämpfung des Terrorismus, dem Europäischen Kulturabkommen oder dem Übereinkommen über den Schutz des archaischen Kulturgutes – beigetreten ist.

Fragen nach dem Medienpapier

In unserem Land beschränkt sich die Medienlandschaft vorerst noch auf die gedruckten Medien, doch gibt es seit einiger Zeit Bestrebungen, gesetzliche und administrative Grundlagen für die Zulassung elektronischer Medien zu schaffen.

Die Regierung beauftragte 1983 eine Kommission zur Ausarbeitung eines Medienkonzeptes, wobei die Aufgabe der Kommission in erster Linie darin bestand, ausreichende Grundlagen für die

medienpolitische Entscheidungsfindung der Regierung zu erarbeiten. Wie Regierungsrat Wilfried Büchel auf Anfragen im Landtag wiederholt erklärte, legte diese Kommission bereits eine Bestandesaufnahme über die Medien in unserem Land vor und formulierte auch Grundsatzfragen und Zielvorstellungen. Allerdings wird nicht mehr von einem Medienkonzept gesprochen, sondern von einem Medienpapier, weil die Kommission nicht in der Lage war, in der zur Verfügung stehenden Zeit und dafür eingesetzten Mittel ein eigentliches Konzept zu erarbeiten.

Bericht der Regierung

Die seit 1983 arbeitende Kommission

stand bei ihrer Arbeit unter dem Eindruck der in der Nachbarschaft ins Leben gerufenen Lokalradiosender, auf der anderen Seite unter wechselnder personeller Besetzung. Mit dem Leiter des Presseamtes der Regierung und dem Chefredaktor des «Liechtensteiner Vaterland» waren in der Kommission jedoch über die gesamte Zeit zwei Vertreter aus dem Medienbereich mit dabei, so dass eine gewisse Kontinuität gewährleistet war. Die Regierung wird den Kommissionsbericht mit einem Antrag an den Landtag versehen, so dass sich der Landtag voraussichtlich noch in der ersten Hälfte dieses Jahres grundsätzlich zur Medienpolitik und zur Schaffung eines Lokalradios oder Lokalfernsehens äussern kann. (G.M.)

Von der Kulturförderung bis zur Wirtschaftsentwicklung

Im Landtag wurden verschiedene parlamentarische Vorstösse an die Regierung überreicht

Das Instrument der parlamentarischen Vorstösse in Form von Interpellationen, Postulaten oder Motionen wird im Landtag in zunehmendem Masse angewendet, um die Regierung zu einer Stellungnahme zu bewegen, Auskunft zu verlangen oder neue gesetzliche Vorschriften anzuregen. Während der Landtag in seiner letzten Sitzung die Beantwortung der Regierung über die Verantwortlichkeit beim Sassoweg zur Kenntnis nahm, wurden drei Postulate an die Regierung überwiesen. Ausserdem reichten Mitglieder der beiden Fraktionen vier neue Vorstösse ein.

Die drei Postulate, die der Landtag an die Regierung zur Stellungnahme überwies, befassen sich mit der Kulturförderung, mit der Förderung der Altershilfe

und mit dem Ausgleich der Rentenanwartschaften bei Auflösung der Ehe. Auslöser des Kulturpostulats ist die Diskussion um das Theater am Kirchplatz und die an diese Kulturinstitution gewährten Subventionen. Die beiden VU-Abgeordneten Günther Wohlwend und Beat Hasler fordern mit ihrem Vorstoss «ein Kulturförderungsgesetz, in welchem der Rahmen für die staatliche Kulturförderung abgesteckt wird».

Hilfe für sozial Schwächere

Die beiden FBP-Postulate befassen sich mit der Verfeinerung unseres sozialen Netzes, um den Hilflosen, Betagten und sozial Schwächeren vermehrt Hilfe leisten zu können. Das Postulat über die

Erneut Chemiebrand

Basel (AP) Ein Brand im Werkareal Klybeck des Basler Ciba-Geigy-Konzerns hat in der Nacht zum Dienstag einen Millionenschaden angerichtet. Verletzt wurde niemand. Nach Darstellung der Firma waren vom Feuer nur kleine Mengen von Chemikalien betroffen. In den Wohnquartieren von Kleinhüningen kam es aber zu Geruchsbelästigungen.

Der Brand wurde am Montag abend nach 23.00 Uhr von einem Schichtarbeiter entdeckt. Aus dem Labortrakt des Versuchsbetriebs für Verfahrensentwicklung schlugen bereits die Flammen aus dem Dach. Der sogenannte Ereignisstab des Werks Basel wurde in Aktion gesetzt. An der Brandbekämpfung beteiligten sich die beiden Werksfeuerwehren der Ciba-Geigy sowie die städtische Berufsfeuerwehr.

Altershilfe und Sozialvorsorge umfasst insgesamt sieben Forderungen, die mit der Einführung eines Anspruchs für Bezüger von Altersrenten auf Hilflosenentschädigung bereits bei Hilflosigkeit mittleren Grades beginnen und mit der Übernahme der Kosten für die Behebung von angeborenen Zahnstellungsanomalien bei Minderjährigen enden. Dazwischen liegen Massnahmen wie die Erleichterung der Voraussetzungen für die Bezüger von Altersrenten, um in den Genuss von Hilfsmitteln zu gelangen, im weiteren Beitragsgutschriften für Personen, die hilfsbedürftige Betagte oder Patienten betreuen, sowie die Verbesserung der Stellung der ledigen oder getrennten bzw. geschiedenen AHV-Rentner. Dieses Sozialpaket wird ergänzt durch den Vorschlag, bei Auflösung einer Ehe unter Lebenden einen gesetzlichen Anspruch auf Ausgleich der Rentenanwartschaften zu verankern.

Zielvorstellungen für Wirtschaft

Auf diese Postulate wird die Regierung in den nächsten Monaten in Berichten Stellung beziehen und möglicherweise auch gesetzgeberische Vorschläge unterbreiten. In der Zwischenzeit dürften die vom Landtag eingebrachten Vorstösse ebenfalls an die Regierung zur Bearbeitung überwiesen werden. Dabei handelt es sich um ein FBP-Postulat und eine VU-Interpellation zur Frage der Bodenpreisentwicklung und Eindämmung der Bodenspekulation. Ein weiteres VU-Postulat befasst sich mit der Forderung nach vermehrter Schulung der Laienrichter sowie mit einer Änderung in der Zusammensetzung des Jugendgerichtes.

Auf Resonanz in der Öffentlichkeit dürfte die FBP-Interpellation zur wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes stossen, die eine Beurteilung der bevölkerungsmässigen Entwicklung unseres Landes verlangt und die Haltung der Regierung in bezug auf die zunehmende Überfremdung an den liechtensteinischen Arbeitsplätzen erkunden möchte. Vor allem von Bedeutung wird die Antwort der Regierung auf die Frage sein: «Welche Zielvorstellungen hat die Regierung über die Zukunft unserer Volkswirtschaft? Wie sollen sich die einzelnen Sektoren entwickeln und welche Voraussetzungen sind in den Bereichen der Berufsbildung und des Arbeitsmarktes zu schaffen?» (G.M.)

Wahl der Rechnungsrevisoren und Hauskauf

Ortsgruppenversammlung der FBP Eschen/Nendeln mit wichtigen Traktanden

Im Mittelpunkt der FBP-Ortsgruppenversammlung Eschen/Nendeln stand am Montag abend die Wahl der Rechnungsrevisoren und der Kauf der Liegenschaften «Näscher» und «Eschnerberg», über die am kommenden Wochenende entschieden wird. Im weiteren informierte FBP-Fraktionssprecher Hans Meier über das Geschehen in der Gemeinde und FBP-Präsident Emanuel Vogt über aktuelle Fragen der Landespolitik.

FBP-Obmann Caspar Hoop konnte eine staatliche Anzahl Bürgerinnen und Bürger begrüessen, unter ihnen auch FBP-Präsident Emanuel Vogt, FBP-Vizepräsident Johannes Kaiser und die FBP-Abgeordnete Emma Eigenmann, die sich zu dieser Informationsversammlung eingefunden hatten. Hedi Pedrazzini, Alois Allgäuer und Beat Kranz haben sich als FBP-Kandidaten für das Amt der Rechnungsrevisoren in der Gemeinde Eschen zur Verfügung gestellt. Obmann Caspar Hoop betonte bei der Vorstellung der Kandidaten, die FBP-Liste zierten drei Namen, die bestens geeignet seien, dieses Amt für die Gemeinden auszuführen.

Zwei Liegenschaften zum Kaufen

Anstelle des erkrankten Vorstehers Beat Marxer stellte FBP-Fraktionssprecher Hans Meier die beiden Abstimmungsvorlagen über den Kauf der Liegenschaften «Näscher» und «Eschnerberg» vor. Der Gemeinderat hat sich nach seinen Worten geschlossen für den Ankauf ausgesprochen, da die Objekte oder die Grundstücke verschiedene Verwendungsmöglichkeiten zuliesse. Der Gemeinderat hoffe, dass auch die Bürgerinnen und Bürger den Antrag der Behörde stütze.

Aus der Ratstube

Im weiteren informierte Hans Meier über die wichtigsten Projekte der Gemeinde und erwähnte in diesem Zusammenhang die Friedhof-Gestaltung, die Fortsetzung der Grundbuchvermessungen, den Anschluss der Erdgasleitungen an grössere Objekte und die Sanierung der Quellfassungen in Nendeln. Die Baulandumlegungen werden nach seinen Angaben weitergeführt, die Drainage-Ar-

beiten im Riet schritten planmässig voran und die Orts- und Zentrumsplanung würde schrittweise realisiert.

Als Zukunftsaufgaben skizzierte er die Sanierung oder den Neubau der Nendler Kirche, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Ausweitung der dezentralen Abfallentsorgung mit Aufstellung von Abfallsammelstellen sowie die Neugestaltung des Kinderspielfeldes beim Sportpark Eschen-Mauren. Im weiteren sollen auch Tennisplätze neu geschaffen und die Industriezone saniert werden.

Verwaltung statt Regierung

FBP-Präsident Emanuel Vogt gratulierte vor seinem Überblick über die aktuellsten Fragen der Landespolitik den drei Kandidaten für das Amt der Rechnungsrevisoren für ihre Nomination und rief die Anwesenden auf, für die ausgezeichneten Kandidaten zu stimmen. Als drängende Probleme nannte der FBP-Präsident die Frage des EG-Beitritts und des UNO-Beitritts. Hier sollten nach seiner Auffassung die notwendigen Diskus-

sionen geführt und Weichen für die Zukunft gestellt werden. Allerdings, so FBP-Präsident Emanuel Vogt, habe sich die derzeitige Regierung auf das Verwalten statt auf das Regieren verlegt, so dass Perspektiven für die Zukunft fehlten. Auch bei der Affäre um den Staatsgerichtshof liegt nach seinen Worten die Verantwortung bei der Mehrheitspartei, die bisher eine Regelung nach den FBP-Vorschlägen verweigert habe.

Offene Fragen gibt es, wie in der nachfolgenden Diskussion auch von Anwesenden bestätigt wurden, im Bereich der Wirtschaftspolitik, aber auch im Bereich der Drogen und Aids – ein Thema, das mehr oder weniger totgeschwiegen werde. Der FBP-Präsident erinnerte daran, dass die FBP in nächster Zeit eine Klausur-Tagung über «EG und Liechtenstein» durchführen werde. Im weiteren beschäftigten sich innerhalb der FBP verschiedene Gremien mit der Frage «FBP 2000»: Erarbeitung klarer Vorstellungen und Richtlinien für die Zukunft. (G.M.)



FBP-Präsident Emanuel Vogt und FBP-Obmann Caspar Hoop an der Eschner Ortsgruppenversammlung im Gespräch mit Teilnehmern der gut besuchten Versammlung. (Bild: Brigitt Risch)

Schöner arbeiten mit LISTA

Center

A. BECK AKTIVGESELLSCHAFT
NEUBAU, FL. 9488 TRESEN
TELEFON 075/8 83 77

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Frische Spargeln

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.